

V-4 Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*in: Jonas Graeber, Daniela Ehlers, Bela
Mittelstädt, Mirjam Körner
Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Unsere Welt wird immer größer, bunter und vielseitiger - gleichzeitig gewinnen Diskurse über "Sicherheitsgefühl", "potenzielle Täter*innen" und "Terrorismus" stets mehr die Oberhand. Wir beobachten, wie in ganz Deutschland Polizeigesetze verschärft werden und die Debatte über sogenannte "linksradikale Gewalt" und "islamistischen Terror" an Fahrtwind gewinnt und die Gesellschaft spaltet.

Mehr Kontrolle ist nicht gleich mehr Sicherheit!

Zum bestehenden Diskurs der Härte kommt die Intensivierung von Datenspeicherung und die Idee der größtmöglichen Kontrolle des öffentlichen Lebens hinzu: Individual- und Grundrechte werden dem emotional besetzten "Sicherheitsgefühl" geopfert. Dass reale Sicherheit dabei nicht wächst, bleibt unbeachtet. So führte beispielsweise das Staatsversagen im Fall Amri nicht etwa dazu, dass endlich die lange geforderte Abschaffung des Verfassungsschutzes kommt, sondern trägt dazu bei, dass ein Generalverdacht alle migrantisch aussehenden Mitmenschen trifft und die Befugnisse der landes- und bundespolizeilichen Behörden vielfach ausgeweitet werden.

Der Wunsch nach absoluter Sicherheit ist dabei jedoch völlig illusorisch und niemals erreichbar. Allerdings beobachten wir, dass auf Basis dieses Wunsches tiefgreifende Rechtseingriffe geschehen. Mit der Konstruktion der "drohenden Gefahr" oder von "gefährlichen Plätzen und Orten" haben sich die "Sicherheitsbehörden" Instrumente geschaffen, mittels derer sie willkürlich eine Politik der Härte durchsetzen können: eine Politik, die verstärkt Menschen trifft, die ohnehin schon diskriminiert werden.

Dabei sind die realen Sicherheitsprobleme in unserer Gesellschaft durchaus vorhanden, die bisherige Innenpolitik, mit einem überforderten Innen- und Heimatminister in der Regierung, schafft es jedoch nicht, Lösungen anzubieten, die Kriminalität und Diskriminierung entgegenwirken, auch bevor diese entstehen.

Wir als GRÜNE JUGEND wollen deswegen ein solidarisches und emanzipatorisches Verständnis von Innenpolitik entwickeln, das die Kraft hat, als positive

36 Erzählung dem Diskurs der Angst und Härte entgegensetzen und welches wir in
37 Partei und Gesellschaft tragen wollen:

38

39 **Wo wollen wir hin?**

40

41 Gerade im Diskurs der Sicherheit bleibt für uns eine freie Gesellschaft von
42 oberster Priorität. Das betrifft nicht nur Möglichkeiten der freien Bewegung,
43 Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrechte wie das Recht auf informationelle
44 Selbstbestimmung; sondern es soll hier auch um eine Gesellschaft gehen, die frei
45 von Angst, Armut und Diskriminierung der Utopie eines schönen Lebens für alle
46 näher kommt.

47

48 **Wie kommen wir dahin?**

49

50 Eine Neuordnung der Innenpolitik verlangt ein Neudenken in vielen Bereichen: in
51 Sachen Recht und Rechtsnormen; in Fragen der Antirassismus- und
52 Antidiskriminierungsarbeit; in Querschnittsthemen wie der Sozialpolitik; und
53 auch ganz konkret in der Betrachtung innenpolitischer Institutionen. Wir wollen
54 festlegen, wie ein Gesellschaftsbild aussehen kann, das unseren Forderungen
55 entspricht und welche Art von Innenpolitik wir bejahen.

56

57 Um diese Ansätze zu Ende denken zu können, braucht es eine tiefgreifende
58 gesellschaftliche Analyse mit dem Mut, Themen radikal und neu zu denken und sich
59 unbequemen Fragen zu stellen.

60

61 **Individuelle Freiheit bewahren!**

62

63 Innenpolitik darf niemals nur die ausführende Hand von bestehenden Rechtslagen
64 sein, sondern muss diese immer und immer wieder hinterfragen! Deswegen
65 betrachten wir im Folgenden die Rechte von Individuen und Gruppen im komplexen
66 Konfliktfeld von sicherheits- und innenpolitischen Überlegungen.

67

68 Innenpolitik sollte immer in erster Linie vom Menschen aus gedacht werden. Der
69 oberste Schutz gilt der prinzipiell immer geltenden Unschuldsvermutung der*s
70 Einzelnen. Prämisse der Innenpolitik im Sinne der GRÜNEN JUGEND muss der Schutz
71 der Grundrechte sein! Das umfasst viele juristische Fragen. Zunächst gilt das
72 Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung auch heute im
73 digitalen Zeitalter und sollte dementsprechend dringend eine Revision erfahren.
74 Wir wollen das Versprechen auf das Recht an den eigenen Daten erneuern! Eine
75 wichtige Rolle spielen hier auch die umstrittenen biometrischen Pässe. Die GRÜNE
76 JUGEND will deren Benutzung binnen EU-Gesetzen abschaffen. Wir verhindern die
77 totale Kontrollierbarkeit des Individuums!

78

79 Ebenso schützenswert ist das Post- und Fernmeldegeheimnis, auch und gerade in
80 Hinsicht auf aktuelle Entwicklungen und angesichts von "Sicherheitsbehörden",
81 die ohne vorherige Beweislast private Gespräche abhören bzw. mitlesen. Neben
82 Post und digitalem Datenverkehr muss auch die Unverletzlichkeit der Wohnung und

83 des eigenen Körpers gelten - so sollten Leibesvisitationen durch die
84 Staatsgewalt nur mit Beweislast erlaubt sein!

85

86 Schützenswert sind gesellschaftliche, ethnische, religiöse und andere
87 Minderheiten. Insbesondere nicht-weiße Menschen stehen in Deutschland noch immer
88 und manchmal auch stets mehr unter Generalverdacht. Die GRÜNE JUGEND fordert ein
89 Ende des Racial Profiling u. a. durch die Streichung des Ausdrucks "oder
90 grenzpolizeilicher Erfahrung" aus BPolG §22 (1). Innenpolitik ist immer auch
91 Asylpolitik: die GRÜNE JUGEND fordert hier eine Erneuerung des unveräußerlichen
92 Grundrechts auf Asyl, sodass das Schutzbedürfnis der Geflüchteten endlich im
93 Fokus steht!

94

95 **Aktivist*innen schützen!**

96

97 Wir als GRÜNE JUGEND wollen eine aktive Gesellschaft. Wir fördern Menschen die
98 sich politisch und gesellschaftlich engagieren, wir wollen eine freie Debatte in
99 Politik, Medien und Gesellschaft. Diese Debatte soll auch auf der Straße
100 stattfinden. Deshalb ist die nach Artikel 8 des Grundgesetzes garantierte
101 Versammlungsfreiheit von hoher Bedeutung für uns. Um diese zu schützen, fordern
102 wir einen Umbau des Versammlungsgesetzes: ein Verbot von Polizeihunden und -
103 pferden bei Großdemonstrationen, die Entkriminalisierung von Sitzblockaden, ein
104 Verbot von chemischen Reizstoffen bei Demos und ein Ende des Verbotes von
105 Vermummung und sogenannter passiver Bewaffnung!

106

107 Es kann nicht sein, dass Vermummung bei religiösen Festen oder zu anderen
108 Anlässen erlaubt ist, sie aber insbesondere Aktivist*innen auf Anti-Nazi-Demos
109 nicht schützen darf. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND die Außerkraftsetzung der
110 §§ 17a Abs. 2, 27 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3c, 29 Abs. 1 Nr. 1a im Versammlungsgesetz.
111 Der §114 "Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte", welcher nach den G20-
112 Protesten eingeführt wurde, soll umgehend ersatzlos gestrichen werden.

113

114 **Fragen von Staatlichkeit**

115

116 Die GRÜNE JUGEND betrachtet die sogenannte "Staatshoheit" oder "Staatsgewalt"
117 kritisch. Utopisch kämpfen wir für die Abschaffung aller Staaten und Grenzen -
118 daher kann ein Staat für uns nur eine vorübergehende Situation darstellen. Dabei
119 unterscheiden wir den Staat klar von der 'Nation', welche wir ablehnen. Wir
120 sehen Staatlichkeit selbst als ein einengendes und exkludierendes Konzept,
121 weshalb das Augenmerk jeglicher staatlicher Gewalt immer auf das Individuum und
122 benachteiligte Gruppen gelenkt werden muss. Im Kern ist Staatlichkeit für die
123 GRÜNE JUGEND ein grundlegendes Konzept der Ordnung von menschlichem Miteinander.

124

125 Damit sehen wir den Staat als eine Verwaltungseinheit, die alle schützt - kein
126 Mehrheitenrecht, sondern ein Minderheitenrecht! - und der Möglichkeiten für alle
127 Individuen schafft, ein freies und schönes Leben zu führen. Er sorgt durch
128 individuelle und informationelle Freiheit für die Basis einer demokratischen
129 Gesellschaft.

130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176

Polizeiliche Gewalt einschränken!

Für uns als GRÜNE JUGEND ist das föderale Prinzip, besonders in der Innenpolitik, bedeutend. Wegen der Erfahrungen aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur unterstützen wir das Verorten der Polizei in erster Linie auf Landesebene. Aus den gleichen Erfahrungen heraus fordert die GRÜNE JUGEND ebenfalls: die Trennung Militär - Geheimdienst - Polizei muss aufrecht erhalten werden! Daraus ergibt sich die klare Ablehnung der aktuellen Polizeigesetzreformen, die polizeiliche Befugnisse ausweiten und ihre Ausrüstung verstärken und sie somit militarisieren. Außerdem lehnen wir diese aktuellen Entwicklungen ab, da sie mit äußerst diffusen Gefahrenbegriffen und dem Gefährder*innen-Begriff arbeiten, welche effektiv dazu führen, dass die polizeiliche Arbeit noch vor dem konkreten Verdacht stattfinden soll und sie dafür gleichzeitig mit geheimdienstlichen Befugnissen ausgerüstet werden soll.

Auch verurteilt die GRÜNE JUGEND den aufgeblähten Sicherheitsapparat im Allgemeinen. Die verschiedenen Nachrichtendienste in Verbindung mit 16 Landespolizeien und 1 Bundespolizei haben überschreitende und sich gegenseitig einschränkende Kompetenzen, die klar neu sortiert werden müssen. Außerdem braucht das Parlamentarische Kontrollgremium mehr Reichweite und Kompetenzen, um diese Dienste effektiv kontrollieren und in ihre Arbeitsweise Einblick gewinnen zu können.

"Kriminalität" neu denken

Die GRÜNE JUGEND fordert eine Revision der Justiz: alte Nazi-Gesetze wie Zum Beispiel die Paragraphen 211 und 219 des Strafgesetzbuches gehören dabei abgeschafft. Im § 211, verfasst vom damaligen NS-Staatssekretär Roland Freisler, werden "Mördern" Charaktereigenschaften zugeschrieben. Die ebenfalls dort aufzufindende Trennung zwischen 'Mord', 'Totschlag' und 'besonders schwerem Totschlag' aus Nazizeiten ist nicht haltbar und muss abgeschafft werden.

Wir, die GRÜNE JUGEND, fordern, Kriminalität neu zu denken. Wir wollen eine verbandsinterne und gesellschaftliche Debatte anstoßen, die sich mit der Frage von Kriminalität, "kriminellen Eigenschaften", Schuld und insbesondere Bestrafung beschäftigt. Dabei soll der Fokus auf die Frage gelenkt werden; wie Polizei, unsere Sicherheitsarchitektur und die Mehrheitsgesellschaft Kriminalität konstruieren und das vermeintlich "Unnormale" dabei zu kriminellen Handlungen erklären.

Des Weiteren fordern wir die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten - zum Beispiel "schwarz fahren" in öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine Ordnungswidrigkeit und kein Verbrechen! Außerdem bleiben wir bei der Forderung nach einer Legalisierung aller Drogen. 'Weiche' Drogen wie Cannabis sollen damit konsumierbar werden, bei "harten" Drogen wird damit eine bessere Qualitätskontrolle und Nachvollziehbarkeit des Handels möglich.

177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223

Keine Ruhe dem Rassismus und der Menschenfeindlichkeit!

Nicht zuletzt die bekannten Mitte-Studien (zuletzt Autoritarismus-Studie) der Universität Leipzig zeigten ein ums andere Jahr: die Gesellschaft in der Bunderepublik hat ein Problem. Es manifestiert sich in gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Autoritarismus und Nationalismus. Was viele Antifaschist*innen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen schon seit Jahrzehnten wissen, zeigt sich immer wieder auch in wissenschaftlich messbaren Zahlen. Die Studien ergeben seit Jahren gleichbleibend hohe Zustimmung zu autoritären, rassistischen und antisemitischen Aussagen.

Menschenfeindliche Ideologien benennen und einordnen

Dass das nicht nur die Einstellungen einer vernachlässigbaren und bemitleidenswerten Minderheit sind, oder die Verbreitung von Rassismus nur ein zweitrangiges Problem ist, zeigt die alltägliche Diskriminierung und Ausgrenzung, die etwa Migrant*innen, Muslim*innen oder Homosexuelle und Trans jeden Tag erleben müssen. Solche Einstellungen begünstigen direkt und indirekt Hetze, Pöbeleien bis hin zu körperlicher Gewalt und rechten Morden. In der gesellschaftlichen Debatte spielt diese Dimension von Ausgrenzung und Rassismus und vor allem die Grundlagen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine viel zu geringe Rolle. Sowohl in der Wahrnehmung als auch in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung.

Die gesellschaftliche Debatte beschränkt sich viel zu häufig auf die unhaltbare Extremismustheorie. Mit der Beschränkung auf die oft als gleichwertig angesehenen Phänomenbereiche "Linksextremismus", "Rechtsextremismus", "Islamismus" und "Ausländerextremismus" werden nicht nur völlig unterschiedliche Phänomene in einen Topf geworfen. Der Begriff "Extremist*in" wird des Weiteren viel zu häufig als Legitimation für Repression und Ausgrenzung radikal-emanzipatorischer Positionen genutzt. Wir als GRÜNE JUGEND lehnen diese Extremismusbegriffe ab.

Um endlich die ideologischen Grundlagen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Auslöser von Gewalt identifizieren zu können, braucht es mehr Mittel für die wissenschaftliche Untersuchung. Auf dessen Grundlage muss die Debatte endlich gestellt werden! Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung müssen benannt und als Teil der aktuellen gesellschaftlichen Verfassung anerkannt anstatt als diffuser "Extremismus" relativiert werden.

Zivilgesellschaft stärken!

Wenn heute in der Bundesrepublik rechte Gewalt und Rassismus benannt wird, sind es nie die staatlichen Behörden, die eine Debatte anstoßen oder Entwicklungen öffentlich machen. Viele antifaschistische Gruppen, Initiativen und Vereine organisieren jeden Tag Vorträge, Mahnwachen und Demonstrationen gegen

224 Naziaufmärsche oder Veranstaltungen menschenverachtender Organisationen.

225

226 Damit schaffen sie jeden Tag Freiräume für Migrant*innen und andere von
227 Ausgrenzung betroffene Bevölkerungsgruppen und machen eine Diskussion über
228 menschenfeindliche Ideologien - und was dagegen zu tun ist - erst möglich.
229 Leider haben sie oft mit vielerlei Hürden zu kämpfen. Die Sichtbarmachung von
230 alltäglicher Diskriminierung oder rechter Gewalt ist unpopulär und wird häufig
231 nicht angemessen unterstützt. Neben dem Ausbau finanzieller Ausstattung müssen
232 auch Hürden der zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Arbeit abgebaut
233 werden.

234

235 Die GRÜNE JUGEND fordert:

236 • Antifaschistische Initiativen und Gruppen müssen in der Gesellschaft gehört
237 und ernstgenommen werden. Sie sind ein Frühwarnsystem bei der Erfassung
238 gefährlicher Entwicklungen. Ein Austausch von Sicherheitsbehörden und Politik
239 muss geschaffen und institutionalisiert werden.

240 • Der Zugang zu Fördergeldern für Vereine und andere Organisationsformen muss
241 erleichtert, die abzurufenen Mittel müssen ausgebaut werden.

242 • Förderprogramme, wie das Bundesprogramm "Demokratie Leben",
243 Radikalisierungspräventions- und Austeiger*innenprogramme müssen massiv auf
244 allen politischen Ebenen ausgebaut werden.

245 • Damit Zivilgesellschaft und antifaschistische Initiativen staatliches Handeln
246 bewerten und möglichst barrierefrei an öffentliche Informationen kommen können,
247 müssen Bürger*innen die Möglichkeit haben Auskunft von staatlichen Institutionen
248 zu erhalten.

249 • Antifaschistischer Protest darf nicht weiter kriminalisiert werden. Weitere
250 Strafrechtserschärfungen lehnen wir ab.

251 • Eine Verpflichtung antifaschistischer Initiativen, sich bei Anträgen auf
252 Förderprogramme oder bei amtlichen Eintragungen zur FDGO (freiheitlich-
253 demokratischen Grundordnung) bekennen zu müssen lehnen wir ab. Damit wird ein
254 Bekenntnis zu einem diffusen und noch dazu umstrittenen Rechtsbegriff verlangt,
255 der wie die Extremismustheorie eine Gleichsetzung völlig unterschiedlicher
256 politischer Strömungen voraussetzt.

257 **Demokratiebildung stärken**

258

259 Zentrale Aufgabe von politischer Bildung ist es, die Verbreitung von
260 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Wiederholung von Verbrechen gegen

261

262 die Menschlichkeit zu verhindern und die Teilhabe an demokratischen
263 Willensbildungsprozessen zu ermöglichen. Demokratische Partizipation und damit
264 Teilhabe aller Bürger*innen an der Gesellschaft wird durch eine vielfältige
265 Medienlandschaft ermöglicht. Diese muss auch in der digitalisierten Gesellschaft
266 aktiv erhalten werden.

267

Die GRÜNE JUGEND fordert:

268 • Demokratiebildung und die kritische Auseinandersetzung mit Nationalismus,
269 Rassismus und Diskriminierung als von Beginn an zentraler Bestandteil der
270 Bildungslaufbahn.

271 • Wir wollen die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung ausbauen und
272 strukturell stärken.

273 • Auch auf europäischer Ebene soll eine Institution zur Stärkung von Demokratie
274 und Grundrechten mittels politischer Bildung geschaffen werden.

275 • Staatliche Unterstützung für unabhängige Medien und Journalist*innen, welche
276 darauf angewiesen sind - Die Vielfalt der Medienlandschaft darf nicht der
277 Willkür des Marktes überlassen werden!

278 **Menschenfeindlichkeit in Sicherheitsbehörden**

279

280 Rassismus, Diskriminierung und Autoritarismus sind auch und besonders ein
281 zentrales Problem deutscher Sicherheitsbehörden und -strukturen. Dies zeigt
282 sich nicht zuletzt beim Umgang staatlicher Behörden und der Politik mit
283 Rechtsterrorismus, wie etwa im Fall des NSU. Nicht nur Verfassungsschutzbehörden
284 und Polizei haben sich hier als unfähig erwiesen auf Gefahr von Rechts
285 angemessen reagieren zu können. Auch Staatsanwaltschaften, Gerichte,
286 verschiedene Medien und Politiker*innen haben vorhandene Informationen nicht
287 genutzt oder vielfach unbewusst, häufig aber auch bewusst falsch bewertet. Wie
288 etwa der Fall "Hanniball" und sein rechtsterroristisches Netzwerk zeigen, wurden
289 die nötigen Konsequenzen bis heute nicht gezogen. Aufklärung wurde immer wieder
290 aktiv verhindert.

291

292 Sicherheitsbehörden, wie die Polizei, sind schon immer ein besonderer
293 Anziehungspunkt für autoritäre Charaktere und Ideologien der Ungleichwertigkeit
294 gewesen. Dies ist im Bereich der Inneren Sicherheit besonders problematisch, da
295 Gewalt und Ausgrenzung immer zuerst marginalisierte Gruppen treffen und Behörden
296 wie Polizei oder Verfassungsschutz eine hohe Definitionshoheit über die
297 Entwicklung und Bewertung von Kriminalität besitzen. Rassismus, Hetze, Gewalt
298 von Rechts und Hasskriminalität werden nur sehr unzureichend erfasst. Das liegt
299 zum einen an der mangelnden Bereitschaft, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit
300 als solche zu benennen. Zum Anderen leiden die Kriminalstatistiken in

301 Deutschland an einigen strukturellen Problemen.

302

303 Die GRÜNE JUGEND fordert:

304 • Der kriminalpolizeiliche Meldedienst für politisch motivierte Gewalt (KPM-
305 PMK) muss reformiert werden. Rassistische und menschenverachtende
306 Tatmotivationen müssen besser berücksichtigt werden und eine nachträgliche
307 Änderung bei neuen Erkenntnissen soll erleichtert werden.

308 • Beamt*innen müssen laufend fortgebildet werden, um Hasskriminalität und die
309 ideologischen Grundlagen der Tatmotivation sicher erkennen zu können.

310 • Die Tatmotivation Hasskriminalität muss in der juristischen Aufarbeitung von
311 Straftaten eine größere Rolle spielen als heute.

312 • Behörden und Nicht-Regierungsorganisationen wie etwa die Amadeu Antonio
313 Stiftung, kommen bei der Zählung von rechten Morden zu völlig unterschiedlichen
314 Zahlen. Wir fordern unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, in den
315 Bundesländern und auf Bundesebene, zur Aufarbeitung und Neubewertung der Fälle,
316 die in Auftrag gegeben werden müssen.

317 • Der NSU-Komplex oder auch das Oktoberfest-Attentat sind Beispiele für rechten
318 Terror in Deutschland. Ihre Aufarbeitung geht nur schleppend voran und wird
319 immer wieder sabotiert. Wir fordern: keinen Schlusstrich und kein Ende der
320 Aufklärung! Nichts wird vergeben! - Niemand wird vergessen!

321 • Die Einrichtung und ausreichende Ausstattung von Beauftragten gegen
322 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bund, Ländern und auf kommunaler Ebene.

323 • Es soll flächendeckend Möglichkeiten geben, etwa antisemitische Vorfälle
324 barrierearm und anonym melden zu können. Denn eine Anzeige zu stellen ist für
325 Betroffene häufig eine große Barriere, die die Sichtbarkeit von rechten
326 Übergriffen verringert und die sich im Graubereich des Strafbaren bewegenden
327 Ausfälle gegen Minderheiten noch weiter schmälert.

328 • Rechter Terror ist eine sehr reale Bedrohung für viele Menschen in Europa. In
329 der öffentlichen Debatte spielt er jedoch nur selten eine zentrale Rolle. Das
330 muss sich ändern!

331 • Mitarbeiter*innen staatlicher Organe haben eine besonders hohe Verantwortung.
332 Menschenfeindliche Ideologie darf keine Auswirkungen auf staatliches Handeln mit
333 sich ziehen. Diskriminierungsfreiheit und Antirassismus müssen zentraler
334 Bestandteil der Ausbildung von Staatsbediensteten sein.

335 **Innenpolitik ist nicht nur Polizei und Kameras**

336

337 Wenn Sinn und Zweck der Innenpolitik ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der
338 Menschen frei von Angst leben können, müssen wir sie weiter denken, als nur die
339 Angst davor, Opfer eines Verbrechens zu werden. Angst vor Armut, Angst vor
340 Abstieg, Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung sind sehr relevante Phänomene
341 in der heutigen Gesellschaft und gleichzeitig aber auch Motoren von Unsicherheit
342 und Kriminalität.

343

344 **Innenpolitik als Querschnittsthema: Sozialpolitik**

345

346 Dabei kommt vor allem dem Feld der Sozialpolitik, neben vielen weiteren, eine
347 entscheidende Rolle zu. Denn Armut und Perspektivenmangel sind wesentliche
348 Faktoren für "klassische" Kriminalität, vor allem Raub und Diebstahl.

349

350 **Sozialpolitische Maßnahmen innenpolitisch denken**

351

352 Bisher werden sozialpolitische Maßnahmen nur als Solche gedacht. Die Ministerien
353 und oft leider auch die Abgeordneten in der Innen- und der Sozialpolitik
354 arbeiten aneinander vorbei. Daraus folgt eine unzureichende Abstimmung der
355 Maßnahmen und Verantwortungsdiffusion, insbesondere für langfristig präventive
356 sozialpolitische Maßnahmen, welche ein Kern guter Innenpolitik sein könnten.

357

358 Daher müssen sozialpolitische Maßnahmen vor allem darauf überprüft werden, ob
359 sie Menschen langfristig ein gutes Leben ermöglichen, frei von Angst und Armut,
360 dann wird auch die Kriminalitätsrate deutlich sinken.

361

362 Ein sehr gutes Beispiel ist hierfür auch die Wohnungspolitik. Die zunehmende
363 Gentrifizierung, der Bau von Sozial-Wohnungen vor allem am Stadtrand und
364 Diskriminierung bei der Wohnungssuche führen dazu, dass sich in vielen Städten
365 Viertel herausbilden, in denen Armut und Benachteiligung aufeinandertreffen und
366 es zu einem Multiplikationseffekt kommt. Dies wäre jedoch leicht zu verhindern,
367 ist aber offenbar nicht gewollt.

368

369 Als GRÜNE JUGEND fordern wir daher eine dauerhafte Institutionalisierung der
370 Zusammenarbeit des Innenministeriums mit betreffenden anderen Ministerien wie
371 dem BMAS, dem BMFSFJ und dem BMG.

372

373 Gleichzeitig muss sich auch auf parlamentarischer Ebene etwas tun, eine Enquete-
374 Kommission oder ein parlamentarischer Beirat wären hier mögliche Wege.

375

376 **Rassismus und Kapitalismus - 2 Facetten eines Problems**

377

378 Angst vor Abstieg ist ein wesentlicher Faktor für Diskriminierung und
379 Ausgrenzung, das haben uns diverse Studien immer wieder gezeigt. Soziale
380 Deprivation oder die Angst davor führen zur Verstärkung von Gruppenbildung,
381 Ausgrenzung und in Folge zu Gewalt. Unter sozialer Deprivation verstehen wir die

382 gesellschaftliche Ausgrenzung von Menschen, insbesondere durch systemische und
383 strukturelle Prozesse.

384

385 Innenpolitisch folgt daraus, sowohl die reale soziale Deprivation abzubauen, als
386 auch der auf Angst vor sozialer Deprivation basierenden Diskriminierung etwas
387 entgegenzusetzen.

388

389 Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND

390 - Die Ausgrenzung vieler Menschen durch den Abbau staatlicher Strukturen muss
391 zurückgedreht werden. Viele Menschen werden vom Staat im Stich gelassen, weil
392 Krankenhäuser schließen und der Bus nicht mehr fährt. Diese Entwicklung müssen
393 wir umkehren und uns bewusst machen, dass dieser Abbau staatlicher Strukturen
394 dazu führt, dass sich Menschen von der Demokratie abwenden und eher dazu bereit
395 sind, die Schuld auf diskriminierte Gruppen zu schieben.

396 - Unsere Raumpolitik muss sich grundlegend ändern. Die Stadt ist nicht das
397 Ideal, an dem alles ausgerichtet wird und der Rest fällt hinten runter. Aber
398 auch in der Stadt müssen wir darauf achten, dass keine Gebiete entstehen, in
399 denen sich durch soziale Deprivation Hass und Diskriminierung multiplizieren.

400 - Aber auch die Abwertung anderer Gruppen auf Grund der Angst vor sozialer
401 Deprivation muss abgebaut werden. Dafür müssen wir raus aus der
402 Leistungsgesellschaft, insbesondere aber auch hin zur solidarischen
403 Begegnungsgesellschaft, in der Begegnungs- und Diskursräume für alle da sind um
404 gemeinsam an der solidarischen Gesellschaft zu bauen und Erfahrungen im Kontakt
405 mit vermeintlich anderen Menschen zu machen.

406 - An vielen Stellen greifen Nazis und Faschist*innen auf Basis mangelnder
407 Alternativen in Vierteln nach der Diskursheute in den Stadtteilen, in dem sie
408 Jugendzentren betreiben und soziale Treffpunkte organisieren um ihre eigene
409 Ideologie zu verbreiten. Hier muss hart durchgegriffen werden. Es darf keine
410 staatlich finanzierten oder offiziell anerkannten sozialen Projekte von
411 bekannten Nazis geben.

412

413 **Berlin, wir haben ein Problem!**

414

415 Auch institutionell muss sich vieles ändern, um dem von uns angestrebten Ideal
416 einer Innenpolitik näher zu kommen. Polizei, Justiz und Behörden müssen
417 großzügig reformiert werden!

418

419 **Grundlegende Kritik der Polizei**

420

421 Eine politische Einschätzung der Polizei darf nicht bei der Betrachtung
422 konkreter Handlungsweisen Halt machen, sondern muss auch das Grundkonstrukt
423 Polizei und Staatsgewalt mit einbeziehen.

424

425 Dabei ist insbesondere der Gewaltbegriff interessant. Eine der Grundlagen des
426 modernen Staatsbegriffs ist das Gewaltmonopol. Dieses heißt im Umkehrschluss
427 aber auch, dass die Interpretation dessen, was Gefahr ist, in der Hand der
428 Polizei und des Staates und damit implizit in der Hand der Mehrheitsgesellschaft

429 liegt. Das ist vor allem für diskriminierte Gruppen ein großes Problem, das
430 institutionell so tief sitzt, dass verständlich ist, wenn bspw. PoC kein
431 Vertrauen in die Polizei und den Staat haben. In diesem Zusammenhang lehnen wir
432 das Grundkonzept der "gefährlichen Orte" ab, vor allem auch, da sie in der Regel
433 von der Polizei bestimmt werden.

434

435 Ein weiteres Grundproblem ist die Orientierung und Beurteilung polizeilicher
436 Arbeit an konkreten Messziffern. Festnahmequoten sind dafür ein besonders
437 krasses Beispiel, aber auch die Anzahl durchgeführter Kontrollen sowie weitere
438 Messziffern sind hoch problematisch. Diese Neoliberalisierung der Polizeiarbeit
439 lehnen wir entschieden ab. Polizeiliche Arbeit darf niemals an konkreten
440 Messzahlen polizeilichen Handelns sondern maximal an Zahlen der konkreten
441 Schadensfälle gemessen werden.

442

443 Außerdem besteht ein Grundproblem bei der Kontrolle der Polizei. Die
444 Verselbstständigung polizeilichen Handelns, gepaart mit einem Mangel an
445 Kontrollmechanismen führt dazu, dass viele der im Folgenden beschriebenen
446 konkreten Probleme nicht konsequent angegangen werden können. Oft gilt der
447 Grundsatz "Was in der Polizei schief läuft, regelt die Polizei intern." Ein
448 Grundsatz, der nicht nur mit demokratischen Rechtsstaatprinzipien unvereinbar
449 ist, sondern auch dazu führt, dass Polizist*innen auch für schwere Vergehen in
450 der Regel ohne größere Konsequenzen davon kommen. Darum brauchen wir in allen
451 Bundesländern und auf Bundesebene unabhängige Polizeibeauftragte mit einem
452 großen Personalstab und Ermittlungsbefugnissen, an die sich alle Menschen, auch
453 Polizist*innen bei Beschwerden wenden können. Gleichzeitig entsteht Corpsgeist
454 vor allem in abgeschlossenen Einheiten wie Einsatzhundertschaften und der
455 Beweissicherungs- und Festnahme-Einheit.

456

457 **Racial Profiling und Rassismus in der Polizei**

458

459 Für viele PoC und auch für andere marginalisierte Gruppen ist Rassismus in
460 Deutschland Alltag. Insbesondere betroffen sind sie aber von polizeilichem
461 Rassismus, der sich besonders in Racial Profiling äußert. Die Kontrolle von PoC
462 an Bahnhöfen, öffentlichen Plätzen und sogenannten "gefährlichen Orten" ist an
463 vielen Stellen eher die Regel als die Ausnahme. Durch die häufigere Kontrolle
464 werden bei PoC, die, bspw. in Fällen des sogenannten "Ausländerrechts" ohnehin
465 häufig schon mehr Straftaten begehen können, auch mehr Straftaten festgestellt.
466 Das führt, neben der sozialpolitischen Ausgrenzung, insbesondere von
467 Geflüchteten, zu der "Analyse", PoC würden mehr Straftaten begehen, was wiederum
468 zu mehr Kontrollen führt, usw.

469

470 Es bleibt die Frage, was dagegen getan werden kann. Einige Lösungsansätze
471 präsentieren wir oben. Wichtig ist aber auch der Einsatz der Zivilgesellschaft.
472 Wir solidarisieren uns mit Initiativen gegen rassistische und diskriminierende
473 Kontrollen und Racial Profiling und rufen dazu auf, selbst tätig zu werden und
474 einzuschreiten, wenn rassistische und diskriminierende Kontrollen durchgeführt
475 werden.

476

477 Daneben muss ein stärkerer Fokus in der Ausbildung und der Dienstaufsicht auf
478 das Bewusstsein über diskriminierende Denkmuster und Strukturen gelegt werden.

479

480 Im Übrigen bekräftigen wir unseren Beschluss vom 46. Bundeskongress mit dem
481 Titel "Strukturellen Rassismus in Polizeiarbeit und Strafrecht bekämpfen!"

482

483 **Bewaffnung und Aufrüstung der Polizei**

484

485 Viele der Waffen in den Händen der Polizei werden leichtfertig oder verfrüht
486 eingesetzt. Außerdem ist oft unklar, wann, wie und wo Waffen eingesetzt wurden.
487 Darum erneuern wir unsere Forderung nach einer grundlegenden
488 Dokumentationspflicht beim Einsatz von jeglichen Waffen.

489

490 Außerdem müssen bestimmte Waffen, die auf Grund ihres Wesens als nicht tödlich
491 angesehen werden, aber tödlich sein können, ganz aus dem Polizeiarsenal
492 verschwinden. Insbesondere sogenanntes Pfefferspray und Elektrotaser können
493 tödliche Folgen haben, die Polizist*innen beim Einsatz aber nicht abschätzen
494 können. Daher dürfen sie nicht eingesetzt werden.

495

496 Auch die Entwicklung der neuen Polizeigesetze, dass die Polizei Handgranaten,
497 auch gegen Menschen, einsetzen darf, lehnen wir entschieden ab.

498

499 Oft wird das Tragen von Waffen auch mit der Selbstverteidigung gerechtfertigt.
500 Hier müssen andere Ansätze und Lösungen gefunden werden. Den Ausbau von
501 Schutzmaßnahmen sowie die Entwicklung von Systemen, die Betroffene nicht
502 verletzen, unterstützen wir.

503

504 Den Einsatz von Bodycams lehnen wir grundsätzlich ab. Die zwei existierenden
505 Modelle setzen grundlegende Eingriffe in die Privatsphäre voraus. Es gibt ein
506 Modell, bei dem nur die*der jeweilige Polizist*in entscheiden kann, ob Aufnahmen
507 gespeichert werden, dies lehnen wir aus dem offensichtlichen Grund ab, dass
508 damit Betroffene nicht geschützt werden können. Das zweite Modell, das dauerhaft
509 aufnimmt, ist ein so grundlegender Eingriff in die Privatsphäre der
510 Aufgenommenen, dass auch dieses Modell nicht eingesetzt werden sollte. Darüber
511 hinaus ist in beiden Modellen nicht geklärt, wie die aufgenommenen Daten so
512 gesichert werden, dass sie nicht für Dritte zugänglich sind aber eben auch nicht
513 ausschließlich im Gewahrsam der Polizei aufbewahrt werden.

514 **Polizeiliche sogenannte "Präventiv"-Eingriffe**

515

516 Die massive Ausbreitung von polizeilichen Ermittlungen bereits in das Vorfeld
517 von eventuell strafrechtlich relevantem Handeln lehnen wir ab. Die Antwort auf
518 die Abschaffung von Inladsgeheimdiensten kann nicht die Übertragung der
519 Befugnisse auf die Polizei sein. Was wir bisher nicht zuletzt aus unserem
520 Rechtsverständnis abgelehnt haben, wird nicht dadurch richtiger, dass dies durch

521 die Polizei durchgeführt wird.

522

523 **Wir reformieren Justiz und Staatsanwaltschaft!**

524

525 Damit gerade von Diskriminierung betroffene Personen ein Leben frei von Angst
526 führen können müssen wir auch den Bereich der Justiz und Staatsanwaltschaft
527 beachten. Gerade beim Erkennen und Benennen von Hasskriminalität nimmt dieser
528 Bereich eine entscheidene Rolle ein. Dafür ist es nicht nur wichtig, dass es
529 auch hier Schulungen dazu gibt, sondern die Justiz insgesamt besser finanziell
530 ausgestaltet wird um die zeitlichen Kapazitäten zu schaffen, Hasskriminalität zu
531 erkennen und sich vor allem auch den Opfern von dieser ausreichend widmen zu
532 können. Darüber hinaus müssen wir gerade auch in diesen Bereichen darauf achten,
533 dass die Diversität der Gesellschaft repräsentiert ist. Eine Frau mit Kopftuch
534 ist Teil der Gesellschaft und muss daher auch selbstverständlich in einen
535 Gerichtssaal gehören. Um diese Repräsentanz gewährleisten zu können, müssen wir
536 diskriminierende Gesetze abschaffen. Auch gerichtliche Konstellationen, die von
537 vornherein diskriminierend sind, wollen wir abschaffen. Dies betrifft
538 insbesondere Asylverfahren.

539

540 **Verfassungsschutz abschaffen, ein für alle Mal**

541

542 Die Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz haben nicht nur in den Fällen
543 des NSU und Anis Amri immer wieder gezeigt, dass sie nicht vor Leid und Gefahr
544 schützen, sondern oft im Gegenteil insbesondere rechte Strukturen noch
545 mitfinanzieren. Das Konzept eines Inlands-Geheimdienstes, der die Aufgabe hat,
546 das zu schützen, was Konservative als Mehrheitsgesellschaft verstehen, lehnen
547 wir in aller Deutlichkeit ab. Eine Gesellschaft, wie sie sich der
548 Verfassungsschutz als demokratiekonform vorstellt, ist eine unfreie und
549 angepasste Gesellschaft, eine Vorstellung, die wir aus radikal emanzipatorischer
550 Perspektive deutlich ablehnen.

551

552 Bis der Verfassungsschutz endlich abgeschafft ist, müssen wir aber auch damit
553 umgehen, dass er aktuell existiert. Mit diesem Beschluss schließen wir uns dem
554 der GJ Niedersachsen von 2018 an und fordern als GRÜNE JUGEND:

555 - Das Ende des V-Leute-Systems

556 - Die Auflösung der Beurteilungskriterien "linksextrem", "rechtsextrem" und
557 "Ausländerextremismus" (sic!) sowohl beim Bundesverfassungsschutz als auch in den
558 Landesverfassungsschutzämtern und beim Staatsschutz

559 - Die Überführung der parlamentarischen Kontrolle in die Öffentlichkeit

560 - Die Entbindung von Aufgaben der Bekämpfung von Spionage

561

562 **Gegen rechte Strukturen in Bundeswehr und MAD vorgehen!**

563

564 Zwei zentrale Punkte werden innenpolitisch dauerhaft in Bezug auf die Bundeswehr
565 diskutiert: Rassistische und rechtsextreme Strukturen innerhalb der Bundeswehr
566 und die Frage nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern. Unsere Antwort auf
567 diese Fragen ist eindeutig:

568

569 1. Rechtsextreme Strukturen wie das Netzwerk um "Hannibal" oder Franco A. wurden
570 zu lange heruntergespielt, "übersehen" oder zu Einzelfällen deklariert.
571 Rassismus und Rechtsextremismus werden aber von der autoritären Struktur der
572 Bundeswehr begünstigt, außerdem zieht sie durch diese Struktur überproportional
573 Menschen an, die autoritäre Einstellungen ohnehin schon haben. Daraus folgt
574 zweierlei: Zum Einen muss der Bundeswehr der autoritäre Charakter genommen
575 werden. Das harte Bestrafungssystem und quälende Ausbildungsmethoden dürfen
576 nicht mehr angewendet werden. Gleichzeitig müssen rechtsextreme Netzwerke von
577 Unabhängigen ohne Tabus aufgeklärt werden. Es darf nicht sein, dass
578 Rechtsextreme Zugang zu Kriegswaffen und scharfer Munition haben.

579

580 2. Bisläng darf die Bundeswehr nur im Fall von Katastrophen und bei "innerem
581 Notstand" eingesetzt werden. Einer Ausweitung dieser Befugnisse stehen wir
582 entschieden entgegen. Allerdings kritisieren wir auch die bisher bereits
583 bestehenden Rechte. Bei G20, Anti-Nazi-Demos und Kohleprotesten haben wir
584 bereits gesehen, dass vermeintlich Konservative den Traum haben, die Bundeswehr
585 gegen Aktivist*innen einzusetzen. Dies, begründet auf dem "Inneren Notstand",
586 würde bedeuten, die Axt an die Grundfesten der Demokratie zu setzen. Auch die
587 Regelung für Katastrophenfälle ist für uns kein Grund die Tür für den Einsatz
588 der Bundeswehr offen zu lassen. Die Aufgaben die dabei aktuell die Bundeswehr
589 übernimmt können durch einen zivilen Krisendienst angelehnt an das technische
590 Hilfswerk deutlich besser durchgeführt werden.

591

592 Der militärische Abschirmdienst ist, so die Selbstbeschreibung, dafür zuständig,
593 "politischen Extremismus" in der Bundeswehr frühzeitig zu erkennen und die
594 betreffenden Personen zu beobachten bzw. zu sanktionieren. Er nimmt damit also
595 de facto die Rolle des Verfassungsschutzes ein. Und analog zum Bundesamt für
596 Verfassungsschutz hat auch der MAD massive strukturelle Probleme bei der
597 Bekämpfung rechter Strukturen. Vor allem Verharmlosung und die Tendenz, von
598 Einzelfällen zu sprechen, sind die zentralen Probleme. Hinzu kommt, dass der MAD
599 fast ausschließlich aus ehemaligen Soldat*innen und Mitarbeiter*innen des
600 Verteidigungsministeriums besteht, die auf Grund ihrer vorherigen Tätigkeit
601 keinen neutralen Blick haben. Daher fordern wir, den MAD aufzulösen. Die
602 Bekämpfung menschenfeindlicher Tendenzen soll in Zukunft durch eine Kooperation
603 einer zu schaffenden Sonder-Anwalt*innenschaft, dem wissenschaftlichen Institut
604 zur Analyse diskriminierender Gewalt und menschenfeindlicher Strukturen und den
605 allgemeinen Sicherheitsbehörden erfolgen. Die restlichen Aufgaben des MAD können
606 in die allgemeine Zuständigkeit der Bundeswehr überführt werden.

607

608 **Zukunft des Bundesnachrichtendienstes**

609

610 Der Bundesnachrichtendienst (BND) ist als Auslandsgeheimdienst in der Theorie
611 dafür zuständig, Gefahren von außen frühzeitig zu erkennen und abzuwehren.
612 Allerdings lassen sich hierbei immer wieder strukturelle und inhaltliche
613 Probleme feststellen, die nicht zu überwinden sind.

614

615 So hat der BND in der Vergangenheit massiv Rechtsbruch begangen, bspw. durch
616 nicht rechtmäßige Datenverarbeitung und Datenweitergabe oder die Behinderung der
617 Kontrolle, das bestätigen auch Bundesdatenschutzbeauftragte. Offenbar scheint
618 der BND in den letzten Jahren den Versuch unternommen zu haben, Deutschland im
619 digitalen Zeitalter zu sichern, allerdings lässt sich relativ schnell erkennen,
620 dass er dafür a) nicht gerüstet ist und b) an der falschen Stelle ansetzt.

621
622 So muss unsere Antwort im Bereich der digitalen Sicherheit statt des massiven
623 Ausspähens und widerrechtlicher Datenweitergabe doch vor allem eine Antwort der
624 Sicherheit der Einzelnen und der Behörden vor digitalen Angriffen sein. Dafür
625 brauchen wir allerdings dringend einen deutlichen Ausbau der digitalen
626 Grundkompetenzen in der gesamten Bevölkerung. Außerdem müssen wir den Weg weg
627 von proprietärer Software, die oft Sicherheitslücken zulässt oder sogar bewusst
628 einschleust und hin zu mehr Open Source und Transparenz gehen. Dazu gehört auch,
629 dass der BND und Partner*innen keine Sicherheitslücken bewusst herstellen dürfen
630 um Menschen ausspähen zu können.

631
632 Um die Probleme bei der Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten in den Griff
633 zu bekommen, gibt es keine andere Möglichkeit, als diese sukzessiv abzubauen und
634 stattdessen auf die Zusammenarbeit im Bereich der IT-Infrastruktur zu setzen. So
635 können wir auch die relevante Infrastruktur besser vor Angriffen schützen.

636
637 Langfristig müssen wir jedoch grundlegend hinterfragen, ob ein
638 Auslandsgeheimdienst, insbesondere in Form des BND, notwendig ist. Letztendlich
639 sind die strukturellen Probleme nämlich so groß, dass bei deren Abbau keine
640 Handlungsfelder mehr für den BND übrig bleiben, der BND wird damit obsolet und
641 gehört abgeschafft.

642 643 **Unsere Forderungen an Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Sanitäter*innen**

644
645 Wenn Innenpolitik heißt, Menschen ein Leben frei von Angst zu ermöglichen, wird
646 ein Bereich der Innenpolitik häufig vernachlässigt: Die Versorgung von Menschen
647 in Notfällen und die Prävention, bereits bevor Notfälle passieren können.

648
649 Feuerwehr, THW und Sanitäter*innen sind grundlegende Säulen der öffentlichen
650 Daseinsfürsorge und müssen vor allem in die praktisch-präventive Arbeit noch
651 stärker einbezogen werden. Viel zu häufig werden Dinge wie Brandschutz und
652 Fluchtwege eher als lästiges Übel denn als sinnvolle Präventionsmaßnahme
653 wahrgenommen. Hier muss, auch durch die verstärkte praktische Konsultation
654 dieser Berufsgruppen, ein anderes Bewusstsein geschaffen und ganz praktisch
655 Hilfe angeboten werden.

656
657 Dafür müssen wir diese Strukturen deutlich besser finanzieren und mehr Menschen
658 in diese Berufe bringen. Gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten sind es
659 Strukturen wie die Feuerwehr und Rettungssanitäter*innen, die in ländlichen
660 Räumen immer weiter abgebaut werden und wurden, sodass es in Ernstfällen sehr
661 lange dauern kann, bis Menschen zur Hilfe kommen.

662
663 Bisher wurde dies dann häufig mit dem Konstrukt der freiwilligen Feuerwehr
664 versucht aufzufangen, die an vielen Orten auch einer der letzten sozialen Räume
665 ist. Leider sind diese, wie viele andere Räume auch, besonders anfällig für
666 Diskriminierung und Rassismus. Und deshalb ist es besonders problematisch, dass
667 die Rettung von Menschen Strukturen obliegt, die in besonderer Weise anfällig
668 sind für diskriminierende Haltungen. Daher dürfen wir uns nicht länger auf die
669 Freiwilligen bei der Rettung anderer Menschen verlassen. Hier bedarf es
670 professioneller Strukturen, die im Zweifelsfall auch deutlich einfacher zur
671 Rechenschaft gezogen werden können.

672

673 **Ein Leben ohne Angst vor Behörden!**

674

675 Auch in anderen Bereichen des Alltags, die häufig in innenpolitischen Debatten
676 nicht mitgedacht werden, ist die Frage eines Lebens ohne Angst häufig von
677 strukturellen Problemlagen abhängig. Im alltäglichen Kontakt mit dem Staat, sei
678 es beim Bürger*innenamt, beim Kontakt mit dem Ordnungsamt oder beim Beantragen
679 des Kitagutscheins beim Jugendamt. In all diesen Bereichen muss es
680 selbstverständlich sein, dass die Struktur der Mitarbeitenden die Diversität der
681 Bevölkerung widerspiegelt. Es kann nicht sein, dass ein vermeintlicher
682 Migrationshintergrund dazu führt, dass eine Person vor Behördenbesuchen Angst
683 hat, dass vermeintlich migrantische Betriebe sehr viel häufiger von
684 Durchsuchungen des Ordnungsamtes betroffen sind. Denn auch das ist eine, wenn
685 auch noch seltener als solche wahrgenommene, Form von Racial Profiling! Um dem
686 entgegenzuwirken muss auch in der Ausbildung und Fortbildung von Ordnungsamt-
687 und Behördenmitarbeitenden eine klare Schulung gegen Racial Profiling und
688 anderes diskriminierendes Verhalten wichtiger Bestandteil sein. Darüber hinaus
689 wollen wir explizit für mehr Vielfalt bei der Auswahl der Mitarbeitenden werben
690 und strukturelle Diskriminierungen auch in der Einstellungspraxis abschaffen.

691 **Links und Referenzen**

692

693 Beschlusslage der GJ Niedersachsen zum Verfassungsschutz, beschlossen auf der
694 LMV im April 2018: [https://gj-nds.de/blog/2018/04/verfassungsschutz-abschaffen-
695 der-fehler-liegt-im-system/](https://gj-nds.de/blog/2018/04/verfassungsschutz-abschaffen-der-fehler-liegt-im-system/)

696

697 Beschluss vom 46. Bundeskongress der GJ zu Racial Profiling: [https://gruene-
jugend.de/strukturellen-rassismus-in-polizeiarbeit-und-strafrecht-bekaempfen/](https://gruene-
698 jugend.de/strukturellen-rassismus-in-polizeiarbeit-und-strafrecht-bekaempfen/)

Begründung

Erfolgt mündlich